

Prime News

19.10.2020 Baselland ⌚ 12 Minuten Lesedauer

«*Filz ist fast ein Normalzustand im Baselbiet*»

Hanspeter Weibel tritt als Präsident der Baselbieter Geschäftsprüfungskommission zurück. Er geht mit gemischten Gefühlen.



«Man tritt sich rüde ans Schienbein»: Der abtretende GPK-Präsident Hanspeter Weibel ist unzufrieden mit der Stimmung in der Oberaufsicht. Bild: Christian Keller

von Christian Keller und Oliver Sterchi

Als Präsident der Baselbieter Geschäftsprüfungskommission (GPK) und damit Leiter der parlamentarischen Oberaufsicht gehörte der Bottminger SVP-Landrat Hanspeter Weibel in den letzten Jahren zu den prägenden Figuren in der Politik des Landkantons.

Regierung und Verwaltung wussten: Stuess der Spürhund mit seiner Kommission auf Unregelmässigkeiten, liessen sie so lange nicht locker, bis die Fakten auf dem Tisch lagen.

Während Weibels neunjähriger Präsidentszeit förderte die GPK allerhand Missstände an den Tag, die öffentlich viel zu reden gaben. Dazu gehörten offene Fragen im Spitaldossier, überbordende Beraterhonorare, ineffiziente Abläufe bei der Staatsanwaltschaft oder unhaltbare Zustände im Fahrzeugwesen.

Doch jetzt hat der langjährige Oberaufseher genug: Wie der SVP-Landrat unlängst in der [☑ «Basler Zeitung»](#) ankündigte, gibt er das hohe Amt dieser Tage ab.

Im ausführlichen Interview mit Prime News äussert sich Hanspeter Weibel zu seinen Beweggründen und zieht eine Bilanz.

Ihr Rücktritt als GPK-Präsident erfolgt kurz nach Bekanntwerden einer neuerlichen Mauschelei, der «Amigo-Affäre». In welchem Zustand befindet sich der Kanton Baselland?

Ich möchte vorausschicken: Die meisten Mitarbeitenden in der Verwaltung arbeiten korrekt. In der GPK bekommen wir regelmässig Hinweise. Wenn wir sie dann abklären, stellen wir häufig fest, dass alles in Ordnung ist. Auf der anderen Seite gibt es aber immer wieder Vorkommnisse gravierender Art, bei denen das Gesetz verletzt oder die Corporate Governance nicht eingehalten wird. In solchen Fällen ist es wichtig, dass die GPK hinschaut und nicht wegschaut – auch wenn man sich damit natürlich nicht nur Freunde macht.

«Einige Landräte meinen, die in der Verfassung festgehaltene Deklaration der

Interessenbindung gelte für sie nicht.»



Hanspeter Weibel

In den letzten Jahren hat die GPK immer wieder Missstände gröberer Art aufgedeckt – zum Beispiel unhaltbare Zustände in der Staatsgarage. Der Skandal um die Velohochbahn zeigt nun aber, dass keine Besserung eingetreten ist. Da stellt sich die Frage: Ist die Arbeit der GPK für die Katz?

Tatsächlich haben gewisse Leute realisiert, dass die Oberaufsicht grösstenteils wirkungslos ist. Wenn wir einen brisanten Bericht vorstellen, ist die Aufregung kurze Zeit gross, man empört sich – ehe wieder zur Tagesordnung übergegangen wird, ohne dass Konsequenzen folgen. Es gab aber, das möchte ich nicht unerwähnt lassen, auch erfreuliche Beispiele. Als wir zum Dossier Bruderholzspital bis dahin unbekannte Analysen veröffentlichten, was ein Neubau bedeuten würde, reagierte die Politik sehr wohl. Es handelt sich also nicht um ein strukturelles, sondern auch um ein menschliches Problem.

Wie meinen Sie das?

Man kennt sich, war zusammen in der Schule. Der eine macht dem anderen einen Gefallen, beim nächsten Mal läuft es umgekehrt. Filz ist fast ein Normalzustand im Baselbiet. Bei der Wirtschaftskammer war das wenigstens offensichtlich. Doch Filz gibt es auch im Kleinen, wo man ihn zunächst gar nicht also solchen erkennt. Einige Landräte meinen, die in der Verfassung festgehaltene Deklaration der Interessenbindung gelte für sie nicht.

Müsste die GPK mehr Kompetenzen erhalten? Es wirkt immer etwas lächerlich, wenn am Ende eines haarsträubenden Spezialberichts «Empfehlungen» abgegeben werden, die zum Beispiel lauten, die entsprechende Verwaltungs-Abteilung sollte die Buchhaltung korrekt führen.

(lacht) Ja, ich verstehe diese Sichtweise sehr gut. Ich wäre allerdings froh, wenn nur schon die Empfehlungen umgesetzt würden. Doch wenn wir, um das Beispiel aufzugreifen, eine korrekte Buchhaltungsführung anmahnen, entsteht sogleich eine Debatte: Wie ist «korrekte Buchhaltungsführung» zu interpretieren? Es ist noch

nicht lange her, da verfügte jede Direktion noch über ein eigenes Controlling. Mit diesem Durcheinander ist es zum Glück vorbei.



Bild: Oliver Sterchi

Mitglieder der GPK sind Milizpolitiker, die einem Verwaltungsapparat mit fünf vollberuflichen Regierungsräten gegenüberstehen. Ist es überhaupt noch möglich, der Staatsmacht auf die Finger zu schauen?

Nach meinen Massstäben: Nein. Der Aufwand in der GPK ist gewaltig. Erschwerend kommt hinzu, dass es viele personelle Wechsel gegeben hat. 10 von 15 GPK-Mitgliedern sind neu dabei. Es fehlen das Knowhow und die Erfahrung. Ausserdem, und das ärgert mich sehr, können wir aufgrund von Interpretationsdifferenzen nicht mehr auf die Finanzkontrolle zurückgreifen.

«Einige Mitglieder haben nicht begriffen,

dass Parteipolitik in der GPK nichts verloren hat.»



Hanspeter Weibel

Das überrascht. Die Finanzkontrolle besteht aus voll-angestellten Controlling-Profis, welche der GPK gemäss Gesetz bei Bedarf zur Verfügung stehen müssen.

So steht es zwar im Gesetz, die Praxis ist jedoch eine andere. Die neue Leitung glaubt, es sei an ihr zu definieren, wie ein GPK-Auftrag konkret umgesetzt wird. Das hilft uns dann natürlich nicht weiter.

Ihre Kritik an der Finanzkontrolle ist unüberhörbar.

Ich stelle einfach nüchtern fest, dass seit der Übernahme der neuen Leiterin wundersame Dinge geschehen sind: Fast alle Prüfungsberichte im Kanton befinden sich im grünen Bereich. Es bestehen scheinbar keinerlei Probleme mehr, bei denen die Finanzkontrolle Handlungsbedarf erkennt. Bislang habe ich noch keinen einzigen kritischen Bericht zu Gesicht bekommen. Das war früher wahrlich anders.

Schaut die Finanzkontrolle weg?

Das kann ich nicht beurteilen, ich sehe nur das Resultat. Seit dem Wechsel an der Spitze läuft im Kanton anscheinend alles einwandfrei.

«Ich beobachte in letzter Zeit häufig politisch motivierte Manöver und eine Tendenz vom Rechts- zum Gesinnungsstaat.»



Hanspeter Weibel

In einem BaZ-Artikel gaben Sie an, auch deshalb zurück-

zutreten, weil sie das Parteiengetzänk innerhalb der GPK satt hätten. Können Sie das ausführen?

Vertreter von SP und Grünen haben nach den Wahlen angekündigt, sie hätten nun die Mehrheit in der GPK, jetzt werde alles anders. Ich hatte diese Aussage damals einmal zur Kenntnis genommen. Inzwischen verstehe ich, wie das gemeint war. Einige Mitglieder haben nicht begriffen, dass Parteipolitik in der GPK nichts verloren hat.

Werden eigene Parteimitglieder vor Untersuchungen geschützt?

Ja, das ist mir mehrfach aufgefallen – leider, denn das ist schlecht für die Glaubwürdigkeit und Unabhängigkeit der GPK. Ich beobachte in letzter Zeit häufig politisch motivierte Manöver und eine Tendenz vom Rechts- zum Gesinnungsstaat. Es mangelt einigen Neulingen zudem am Respekt gegenüber erfahrenen GPK-Mitgliedern. Man tritt sich rüde ans Schienbein. Diese Stimmung gefällt mir nicht mehr.



Bild: Oliver Sterchi

Ihnen wurde teilweise im Parlament und den Medien vorgeworfen, als GPK-Präsident eine «Weibel-Show» abzuziehen. Was sagen Sie zu diesem Vorwurf?

Ich habe diesen Job immer sehr ernst genommen. Als Präsident hatte ich die Haltung der Kommission gegen aussen zu vertreten, auch wenn ich persönlich bei gewissen Punkten vielleicht eine andere Meinung hatte. Aber so ist nun einmal das System. Insofern kann ich diesen Eindruck nicht korrigieren, aber es war sicher nicht beabsichtigt.

Finden Sie rückblickend, dass Sie bei gewissen Geschäften anders hätten auftreten sollen?

Eine GPK, die Missstände feststellt, kann nicht so auftreten, als sei alles gar kein Problem. Manchmal brauchte es klare Worte. Zudem: 70 Prozent der GPK-Berichte gingen direkt an den Regierungsrat oder die Verwaltung und wurden nicht eigens im Landrat behandelt. Die Fälle, die öffentlichkeitswirksam diskutiert wurden, machten also nur einen vergleichsweise kleinen Teil unserer Arbeit aus.

«Das Ziel der GPK ist es nicht, Skandale zu inszenieren, sondern das Bewusstsein dafür zu schaffen, dass etwas schief läuft und Korrekturbedarf herrscht.»



Hanspeter Weibel

In einem Artikel über die Baselbieter Fahrzeug-Affäre hat Ihnen die «bz» unlängst vorgeworfen, «Skandalisierung» zu betreiben.

Als Betroffener kann man wohl diesen Eindruck erhalten, mag sein. Eine GPK muss aber – ich wiederhole mich – klar und deutlich benennen, was das Problem ist. Inwiefern das eine «Skandalisierung» sein soll, weiss ich auch nicht. Das Ziel der GPK ist es nicht, Skandale zu inszenieren, sondern das Bewusstsein dafür zu schaffen, dass etwas schief läuft und Korrekturbedarf herrscht. Wenn dann noch die Baselbieter Staatsanwaltschaft die damit zusammenhängenden Verfahren mit

fragwürdigen Begründungen einstellt, empfinde ich das als Skandal.

Die Kommission entscheidet in den meisten Fällen einstimmig. Wie kommt das bei Ihnen an, wenn sich die mediale Kritik dennoch auf Ihre Person einschiesst?

In diesem konkreten Fall muss ich festhalten, dass der betreffende Journalist offenbar nicht bereit war, sich ernsthaft mit dem zugrundeliegenden Problem auseinanderzusetzen. Das ärgert mich natürlich schon. Vor allem, wenn daraus eine oberflächliche und in vielerlei Hinsicht auch falsche Berichterstattung erfolgt. Mir wurde später in der bz auch die Möglichkeit verweigert, meine Sicht der Dinge [☞](#) darzulegen.

Wie haben Sie als GPK-Präsident generell die Rolle der Medien als vierte Gewalt wahrgenommen?

Hätten sich die Medien nicht regelmässig intensiv mit unseren Berichten beschäftigt und diese den Lesern verständlich aufbereitet, wären wohl viele Probleme und Missstände unbeachtet geblieben. Der Landrat diskutiert die GPK-Berichte jeweils nur sehr oberflächlich, was natürlich auch mit Parteiinteressen zu tun hat.

Was würden Sie einem Whistleblower aus der Verwaltung raten: Soll er sich an die Ombudsstelle des Kantons oder an einen kritischen Journalisten wenden?

Heute würde ich ihm empfehlen, an einen vertrauenswürdigen Journalisten zu gelangen. Die Strukturen der staatlichen Oberaufsicht im Kanton garantieren nicht, dass der Informant mit seinen Aussagen insgesamt geschützt wird. Es gibt im Baselbiet auch kein praxistaugliches Whistleblower-Gesetz. Jemand, der Missstände benennt, muss damit rechnen, der Willkür seiner Vorgesetzten ausgesetzt zu sein.

Das ist eine krasse Aussage für einen GPK-Präsidenten.

Bei meinem Amtsantritt vor neun Jahren hätte ich das wohl noch anders gesehen. Aber nach den Erfahrungen nicht nur mit der Fahrzeug-Affäre komme ich nicht umhin, dies so zu benennen.

Ist das generell derjenige Fall, der Ihnen am meisten bleibt?

Jeder Fall hatte seine eigenen Facetten. Ich erinnere mich an eine Episode, als uns

ein Regierungsrat zum ersten Mal die Herausgabe von Dokumenten verweigerte. Wir mussten ihm dann erklären, dass er von Gesetzes wegen dazu verpflichtet ist. Man muss aber auch sagen: Viele Regierungsräte haben immer konstruktiv mit uns zusammengearbeitet und waren teilweise sogar froh, dass wir gewisse Themen aufgreifen.

Gab es auch Fälle, bei denen Sie rückblickend sagen, dass Sie vielleicht genauer hätten hinschauen müssen?

Nein. Aber es gab Fälle, bei denen uns ganz viele Hinweise vorlagen, die wir aber nicht in einen Bericht fassen konnten, da die Vorgänge nicht einwandfrei dokumentierbar waren.

War das nicht frustrierend?

Nein, das würde ich so nicht sagen. Wir mussten einfach immer ganz genau hinschauen, was wir in einem Bericht schreiben und auch belegen können und was als Spekulation aussen vor bleiben muss. Frustrierend war manchmal das fehlende Vertrauen, wenn der Landrat Erkenntnisse der GPK in Frage stellte, ohne die Hintergründe zu kennen.

Zusammenfassend: Hat sich die ganze Arbeit gelohnt?

Ich denke schon. Auf meine Rücktrittsmeldung habe ich eigentlich nur bedauernde Reaktionen erhalten. Ich habe diesen Job neun Jahre lang gemacht, jetzt muss man meinem Nachfolger die Möglichkeit geben, Dinge vielleicht auch anders zu machen.

Die kostenlose Prime News-App – jetzt herunterladen.

🔗 [App-Store Apple](#)

🔗 [Google Play](#)



Christian Keller

Herausgeber / Gründer

[Mehr über den Autor](#)



Oliver Sterchi

Co-Redaktionsleiter

[Mehr über den Autor](#)

Noch keine Kommentare

Weitere Artikel

19.10.2020
Corona-Liveticker

Verbietet Basel-Stadt jetzt Grossveranstaltungen?



+++ Bern untersagt Events mit über 1'000 Personen. Andere Kantone könnten folgen. Das wäre das Aus für die Fasnacht. +++

von Prime News-...



19.10.2020
Regionalsport ⌚ 6 min

FCB-Frauen wollen mit neuem Projekt zum Titel



Nicht nur beim Team, auch in der Liga hat sich in den letzten Monaten einiges getan. Nun soll endlich ein Pokal her.

von Melina Schnei...

18.10.2020
Verschwundenes Basel
⌚ 2 min

Als es bei der Hauptpost noch eine Tramhaltstelle gab



Vorher-Nachher-Bildvergleich: Ein Rückblick auf die Begebenheiten in der Falknerstrasse im 19. Jahrhundert.

von Daniel M. Cas...